



iran-report

Nr. 03/2008

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Scharfe Kritik der Reformer an Ablehnung ihrer Kandidaten / Militärs machen Wahlkampf für Radikalislamisten und gegen die Reformer / Protest gegen die Einmischung der Militärs in den Wahlkampf / Heftige Attacke gegen Ahmadi-nedschad von Chatami-Vertrautem / Bekanntestes Frauenmagazin verboten / Todesurteil gegen Aktivisten aus Beluschistan bestätigt / Vier Männer wegen Mordes und sechs wegen Raubüberfalls am gleichen Tag hingerichtet / Verschärfte Auflagen für öffentliches Erhängen von Verurteilten / Amnesty wirft Iran Unterdrückung von Frauenrechtlerinnen vor / Männerquoten für Studiengänge / Iran nach China Land der meisten Blogger / Berliner Ensemble gewinnt ersten Preis beim Theaterfestival in Teheran / Schweizer wurde bester männlicher Schauspieler / Morricone schreibt Musik zu Chomeini-Film

II. Wirtschaft

Bau des zweiten Atomkraftwerks begann / Iran schickt im Sommer eigenen Satelliten ins Weltall / Turkmenistan will Euro für Gas / Deutschland fährt Exporte nach Iran deutlich zurück / Chinesische Banken stoppen Zusammenarbeit mit Iran / Iran will Energieunternehmen an ausländische Börsen bringen / Gazprom sichert sich große Energieprojekte in Iran / Neues Gasvorkommen vor der Küste Irans entdeckt / Iran fordert OPEC-Diskussion über Kürzung der Ölförderung

III. Außenpolitik

IAEA weiter besorgt über Irans Atomprogramm / Iran: Neue Resolution von UN-Sicherheitsrat "ohne Rechtsbasis" / IAEA zeigt Dokumente über fragile iranische Atomaktivitäten / Teheran bezeichnet IAEA-Bericht als großen Erfolg / Russland will neue Sanktionen gegen Iran unterstützen / USA "tief besorgt" über Zunahme der Zentrifugen und Raketentest Irans / Solana warnt vor Destabilisierung in Nahost durch Iran / Druck auf Iran zentrales Thema bei Olmert-Besuch in Berlin / Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden: Israel wird bald von Hisbollah zerstört / Ahmadinedschad besucht den Irak / Bolivien weist US-Kritik an Beziehungen zu Iran zurück / Iran kritisiert geplanten französischen Militärstützpunkt am Golf / USA-Botschafter sieht Stärkung Irans durch Irak-Invasion / Dänische Abgeordnete sagen Iran-Reise ab



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2008 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2008

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren oder ihn abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

7. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Scharfe Kritik der Reformer an Ablehnung ihrer Kandidaten

Die massive Ablehnung der Bewerber zu den Parlamentswahlen am 14. März ist insbesondere bei den Reformern auf scharfe Kritik gestoßen. Die Organisation der Modjahedin der Islamischen Revolution veröffentlichte zum 29. Jahrestag der iranischen Revolution eine Erklärung, in der sie betont, dass die „Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen zum Gedenken an den ruhmreichen Aufstand des iranischen Volkes gegen Diktatur und Unterdrückung nicht als Bestätigung der Politik mancher regierender Gruppen“ aufgefasst werden soll. Sie solle vielmehr an die „Opferbereitschaft und Solidarität der Bevölkerung im Kampf für einen Staat erinnern, der auf Freiheit, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Menschlichkeit basiert“. Sie habe nichts zu tun mit jenen Kräften, die „die Ideale der Revolution verraten haben“.

Die „widerrechtliche, massive Ablehnung von Bewerbern zu den Parlamentswahlen, unter denen sich auch treue Weggefährten des großen Revolutionsführers Ayatollah Chomeini befinden“, gehöre zu den „widerlichsten Ereignissen der Geschichte der Islamischen Republik“.

Die Moscharekat-Front, die größte Organisation im Lager der Reformer, erklärte ebenfalls zum Jahrestag der Revolution: „Einige Gruppen sind dabei, die Revolution auf Abwege zu führen und abermals hohe Mauern der Diktatur und Willkür in unserem Land zu errichten. Sie wollen wie ein Vormund im Namen des Volkes entscheiden. Sie legen dem Volk immer größere Einschränkungen auf, damit sich das Parlament, so wie in den Zeiten vor der Revolution, nicht aus frei gewählten Vertretern des Volkes zusammensetzt, sondern aus Beauftragten gewisser Gruppen.“ Eine solche Versammlung solle dann die Augen vor der Unfähigkeit und den Fehlern der Regierenden schließen und keine kritische Stimme solle aus ihrer Mitte zu hören sein.

Die Vorgänge im Vorfeld der Wahlen haben auch bei namhaften Weggefährten Ayatollah Chomeinis und seinen Verwandten Kritik hervorgerufen. Hassan Chomeini, Enkel des legendären Revolu-

tionsführers, kritisierte die massive Ablehnung der Kandidaten und vor allem die Einmischung des Militärs in Wahlangelegenheiten (s. Seite 4/5).

Ayatollah Assadollah Bayat, der im ersten Jahrzehnt der Islamischen Republik Träger hoher Ämter, unter anderem des Amtes des Parlamentsvizepräsidenten, war, warnte vor dem Abgleiten der Islamischen Republik in ein „Islamisches Kalifat“.

Selbst der Vorsitzende des Forschungszentrums im islamischen Parlament und profilierter Vertreter des konservativen Lagers, Ahmad Tawakoli, warnte den Wächterrat vor Übertreibungen und forderte den Rat auf, die Ablehnungen erneut zu überprüfen. „In dieser Wahlperiode haben Quantität und Qualität der Ablehnungen der Bewerber Dimensionen erreicht“, die „unter treuen Freunden der Islamischen Revolution Besorgnis ausgelöst haben“, erklärte Tawakoli in einem Schreiben an den Wächterrat. Der Einfluss und das Ansehen des Wächterrats seien für die Wahrung des islamischen Glaubens sowie des Staates der Islamischen Republik notwendig. Es bestehe kein Zweifel daran, dass vom Wächterrat nichts anderes erwartet werde als die Überwachung der durch Gesetze und Bestimmungen definierten Grenzen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, dass bei der ersten Runde der Überprüfung der Bewerbungen gewisse Schwächen, Emotionen, Parteizugehörigkeiten oder auch politische Aspekte zur Überschreitung dieser Grenzen geführt hätten. Dieser möglicherweise entstandene Schaden müsse durch Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Mut wieder behoben werden.

„Eine Regierung kann mit Sünde weiterbestehen, nicht jedoch mit Ungerechtigkeit“, zitiert Tawakoli den Propheten Mohammed abschließend. Die massive Ablehnung der Bewerber werde „bittere Folgen“ haben, wie eine geringere Wahlbeteiligung, was sich innen- und auch außenpolitisch negativ auswirken werde.

Militärs machen Wahlkampf für Radikallislamisten und gegen die Reformer

Der Oberkommandierende der iranischen Streitkräfte, Hassan Firuzabadi, erklärte bei einer Militärparade der drei Militärgattungen am 3. Februar seine uneingeschränkte Loyalität zu

Staatspräsident Ahmadinedschad, den er als „makellostes Vorbild“ für das Land bezeichnete. Auch der Revolutionsführer habe Ahmadinedschad gegenüber seine Anerkennung mehrmals ausgesprochen. Ungeachtet der von allen Seiten geäußerten Kritik an der Regierung bezeichnete Firuzabadi die Staatsführung als „Bannerträger revolutionärer und islamischer Werte“. Die Regierung bestehe aus moralisch integren Verantwortlichen, die sich ohne Rast um den Aufbau und die Entwicklung des Landes bemühen, sagte Firuzabadi. Er forderte die Offiziere und Soldaten auf, nicht zuzulassen, dass „Leute, die im Bann des Westens stehen, keine guten Zeugnisse vorzuweisen haben und als Hoffnungsträger der USA gelten, als Vertreter ins Parlament einziehen und die bittere Vergangenheit wiederholen.“

Damit waren die Reformer gemeint, die Firuzabadi noch direkter an den Pranger stellte. Diese Leute seien „vom Westen verblendet“, sie hätten an den Universitäten zugunsten der USA Einfluss genommen und Unruhen gestiftet, sagte er. Ideal sei ein Parlament, das sich auf der Linie Ahmadinedschads bewegen und ihn zum Vorbild nehmen würde.

Auch der Oberkommandierende der Revolutionswächter hat offen und unverblümt für die konservativen „Prinzipientreuen“ Partei ergriffen und vor einer Versammlung der Milizenorganisation Basidjis erklärt, diese Parteinahme sei „notwendig, unweigerlich und eine von Gott auferlegte Pflicht“.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der Islamischen Republik Iran, dass die Führung der iranischen Streitkräfte sich so offen in politische Angelegenheiten einmischt und für eine Gruppe Partei ergreift.

„Heute haben die früheren politischen Grenzziehungen keine Relevanz mehr“, sagte General Mohammad Ali Djafari. „Wir konnten bei jeder Wahl grundsätzliche Entwicklungen und Veränderungen beobachten. So verwendete man früher bei der politischen Einschätzung von Gruppen Begriffe wie rechts und links, Front der Wertegemeinschaft und dergleichen mehr. Heute ist die Unterscheidung von Gruppen genauer und vollkommener. Heute sprechen wir von Prinzipientreue, was als eine Revolution in der Revolution gedeutet werden kann.“

Die „Front der Prinzipientreuen“ ist die Bezeichnung für jenes Sammelbecken der Konservativen und Radikalisleuten, das sich in der Schlussphase der Ära Chatami (1997 bis 2005) bildete und bei den letzten Parlamentswahlen (2004) und der Präsidentenwahl (2005) den Sieg davon trug.

Heute befänden sich zwei der drei Gewalten – die Legislative und Exekutive – in der Hand der „Prinzipientreuen“, sagte Djafari. „Die Judikative ist eine Sache für sich. So Gott will, wird auch sie denselben Weg beschreiten. Wenn die Basidjis in diesem Zusammenhang aktiv sein wollen, müssen sie die ‚Prinzipientreuen‘ unterstützen, ihnen zum Erfolg verhelfen und ihre Schwächen beseitigen.“ Die Gegenfront, die sich als Reformbewegung bezeichne, zeige immer mehr ihr wahres Gesicht, fügte der General hinzu. Die Basidjis hätten die Aufgabe, alle Schichten der Bevölkerung über den Charakter dieser Front aufzuklären.

Protest gegen die Einmischung der Militärs in den Wahlkampf

Hassan Chomeini, Enkel des ehemaligen Revolutionsführers und Gründers der Islamischen Republik Ayatollah Chomeini, wandte sich vehement gegen die Einmischung der Militärs in politische Angelegenheiten. In einem Interview mit dem Wochenmagazin Schahrwand Emruz erklärte er, die Äußerungen der Militärs und ihre Empfehlungen stünden im Widerspruch zur Auffassung seines Großvaters von einer islamischen Republik. Er sagte, wenn die Militärs sich in die Politik einmischen wollten, sollten sie ihre Uniformen und Waffen ablegen, denn „der Einmarsch der Waffen auf die politische Bühne bedeutet das Ende der politischen Auseinandersetzung.“

Die Äußerungen Chomeinis riefen die rechten Medien auf den Plan. Die Tageszeitung Keyhan schrieb in einem Leitartikel am 11. Februar: „Die Unterstützung der Prinzipientreuen ist eine absolute Notwendigkeit, eine unausweichliche Verpflichtung gegenüber Gott und revolutionären Kräften.“ Es sei also nichts dagegen einzuwenden, wenn die Militärs die Unterstützung der Einheit der Prinzipientreuen, die zur Strategie der Revolution gehöre, empfehlen und sie als eine Pflicht der Milizen betrachten.

Die Internetseite „Nosasi“, die der Regierung Ahmadinedschad nahe steht, griff Chomeini persönlich an und bezichtigte ihn unter der Schlagzeile: „Das Geheimnis von Chomeinis roten Wangen“, einen BMW im Wert von 80 Millionen Tuman (80.000 Euro) von der Regierung Chatami erhalten zu haben. Weitere andere Blätter und Internetseiten versuchten ebenfalls Chomeini zu denunzieren.

Da eilte ihm kein Geringerer als Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani zur Hilfe. Beim Freitagsgebet am 15. Februar sagte er: „Ich verstehe nicht, warum die Äußerungen von Hassan Chomeini gegen die Einmischung der Militärs in die Wahlanglegenheiten soviel Aufregung erzeugt haben.“ Die Kampagne gegen die Person Chomeinis, sagte Rafsandjani, sei vom Ausland gesteuert, mit der Absicht, „zwischen den Kräften, die die Probleme des Landes lösen können, und dem Volk einen Keil zu treiben.“

Die Solidarität mit dem Enkel des Revolutionsführers zog weite Kreise und gipfelte im Tod eines geistlichen Würdenträgers. Ayatollah Mohammad Tawasoli, ein ehemaliger Schüler Chomeinis und Bürochef des Revolutionsführers, fiel, während er auf der Vollversammlung des Schlichtungsrats seinen Emotionen freien Lauf ließ, in Ohnmacht und starb kurz danach im Krankenhaus. Am ganzen Körper zitternd und Tränen in den Augen habe der Ayatollah mehrmals aus Chomeinis Briefen zitiert, berichtete ein Augenzeuge. Eines Tages werde es soweit kommen, dass Scheinheilige und Rückwärtsgewandte ihn, seine Freunde und Verwandten beleidigen und denunzieren würden, habe Chomeini geschrieben. Selbst zur Zeit der Revolution seien Intrigen schwerer zu bewältigen gewesen, als die Waffen des Feindes. Bei einem dieser Zitate sei Tawasoli plötzlich zusammengebrochen.

Für die Konservativen war der Schuss nach hinten losgegangen. Am nächsten Tag versuchten ihre Wortführer und die sie unterstützenden Zeitungen den Schaden zu beheben. Die Militärs seien missverstanden worden. Sie hätten nicht die Fraktion der „Prinzipientreuen“ unterstützen wollen, sondern die Treue zu den Prinzipien der Revolution. Dies sei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Militärs, die schließlich die Aufgabe hätten, den Gottesstaat und seine Prinzipien zu verteidigen!

Dieser Rückzieher brachte für die Reformer nicht nur atmosphärisch Vorteile, sondern auch ein paar reale Zugeständnisse. Ein anderer Enkel von Chomeini, Ali Eschraghi, der sich um einen Sitz im Parlament beworben hatte, war zunächst zurückgewiesen worden. Die Entscheidung sei ihm nicht begründet worden, sagte Eschraghi am 14. März der Tageszeitung „Kargozaran“. „Meine Nachbarn erzählten mir, dass sie über mein Privatleben ausgefragt wurden. Sie wurden gefragt, ob ich mich rasiere, ob ich bete, faste oder rauche.“ Nach den Turbulenzen wurde behauptet, Eschraghis Akten seien unvollständig gewesen. Nun werde er doch zu den Wahlen zugelassen.

Heftige Attacke gegen Ahmadinedschad von Chatami Vertrautem

Einen Tag nachdem Revolutionsführer Ali Chamenei sich so lobend über Ahmadinedschads Atompolitik geäußert hatte (siehe Seite), wurde der Präsident von einem führenden Geistlichen des Landes wegen seiner Außenpolitik scharf kritisiert. Hassan Rohani, ein enger Vertrauter des Revolutionsführers Ali Chamenei, stellte am 27. Februar den Umgang Ahmadinedschads mit dem Ausland in Frage. „Besteht Außenpolitik darin, Grobheiten herauszuspähen?“, fragte Rohani vor dem Zentrum für Strategische Studien in Teheran. „Wir benötigen eine positive Außenpolitik“, fügte Rohani hinzu. Die iranische Außenpolitik müsse entgegenkommend sein. Rohani war Jahre lang bis zu Ahmadinedschads Amtsübernahme Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen und Vorsitzender des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, an dem er zurzeit als Vertreter des Revolutionsführers teilnimmt. Politisch ist er eng verbunden mit Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani.

Rohani sprach sich für ein „gemäßigtes Auftreten“ Irans auf der Weltbühne aus. Er selbst war 2003 den Forderungen des Westens nachgekommen und hatte die Urananreicherung für die Zeit der Verhandlungen ausgesetzt. Ahmadinedschad nahm nach seiner Amtsübernahme das Programm wieder auf und bezeichnete es wiederholt als nationales Recht, auf das Iran niemals verzichten werde. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre seien „unschön“, sagte Rohani.

Man könne vielleicht meinen, Iran sei auf andere Länder nicht angewiesen und könne daher auf Kompromiss und Verständigung verzichten. Dies sei jedoch nicht machbar, sagte Rohani. Alle Länder seien aufeinander angewiesen, sie müssten in ihren Beziehungen zueinander auf gewisse internationale Regelungen und Mechanismen achten. Dies bedeute nicht, dass man sich unterwirft, aber auch nicht, dass man mit allen Staaten auf Kriegsfuß stehe. Es sei auch leicht, andere mit eigenen Maßstäben zu messen und zu verurteilen, doch weit wichtiger wäre, die eigenen Hausaufgaben zu machen, betonte Rohani.

„Sicher, wir wollen, dass die Welt uns versteht, aber das erreichen wir nicht dadurch, dass wir herumschreien und herumpoltern“, sagte Rohani und fuhr fort: „In Wirklichkeit haben wir unter uns bisher keine gemeinsame Auffassung darüber erzielt, was Kompromiss bedeute. Manche meinen, Außenpolitik bedeute, dass wir ständig unsere Position verkünden. Aber wir sind doch auch auf Verhandlungen und auf Meinungsaustausch angewiesen. Es steht fest, dass der Westen uns nicht wohl gesonnen ist und uns innerlich als Feind betrachtet. Aber wie behandelt man Feinde? Der Prophet war bereit, mit Gottlosen zu verhandeln, mit ihnen Verträge zu vereinbaren und sogar Frieden zu schließen.“

„Wir müssen Bilanz ziehen, müssen feststellen, was sich in den letzten drei, vier Jahren ereignet hat, wie unsere Stellung in der Welt aussieht und wie die Welt uns beurteilt“, sagte Rohani. „Wir müssen die Außenpolitik anderer Länder in der Region untersuchen und auch feststellen, wo wir selbst zu konstruktiven Kompromissen bereit waren und wo nicht. Wir müssen schauen, ob wir tatsächlich innerhalb der islamischen Welt eine Vorbildfunktion haben. Schauen heute alle nach Teheran? ... Wir müssen uns fragen, ob unsere Außenpolitik undurchsichtig und mehrdeutig sein soll oder klar und durchschaubar. ... Wollen wir, dass man uns in der Region fürchtet oder bewundert, wollen wir Tag für Tag furchterregender werden oder bewunderungswürdiger?“

Bekanntestes Frauenmagazin verboten

Die iranischen Behörden haben das landesweit bekannteste Frauenmagazin „Sa-

nan“ verboten. Wie die halbamtliche Nachrichtenagentur Fars am 28. Januar meldete, wurde die Lizenz der den Frauenrechten gewidmeten Monatszeitschrift von den Behörden ausgesetzt. Zur Begründung habe es geheißen, die Berichterstattung von Sanan sorge für Unruhe in der Gesellschaft, weil sie den Eindruck erwecke, dass Frauen in Iran rechtlos seien. Die Zeitschrift, die seit sechzehn Jahren erscheint, dem islamischen Lager angehört, aber Reformen des islamischen Rechtssystems fordert, hatte unter anderem monatlich an Frauen verübte Verbrechen aufgelistet.

Chefredakteurin Schahla Scherkat sagte auf Nachfrage der afp, der Beschluss der dem Kulturministerium unterstellten Kommission zur Medienkontrolle sei ihr noch nicht mitgeteilt worden. Die Konservativen werfen dem Blatt vor, feministisches Gedankengut zu verbreiten.

Der Internationale Journalistenverband IFJ hat gegen die Schließung von Sanan protestiert. „Das iranische Regime muss die Medienszensur und die Einschüchterung von Journalisten und Aktivisten für Frauenrechte in dem Land beenden“, forderte IFJ-Generalsekretär Aidan White am 4. Februar in Brüssel. Irans Behörden hätten Sanan geschlossen, weil es ein „dunkles Bild“ der Islamischen Republik Iran zeichne. Das Aus für das reformfreundliche Magazin, das seit 16 Jahren für Frauenrechte eintrete, sei ein großer Verlust für die Meinungsfreiheit in Iran, erklärte White.

Todesurteil gegen Aktivisten aus Belutschistan bestätigt

Am 19. Februar bestätigte der Sprecher der Justiz, dass der aus dem iranischen Teil von Belutschistan stammende Yaghub Mehrnahd zum Tode verurteilt worden sei. Bereits zuvor war das Urteil inoffiziell bekannt geworden, was Proteste der in- und ausländischen Menschenrechtsorganisationen hervorgerufen hat. Es war das erste Mal, dass der Justizsprecher bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz, an der auch ausländische Journalisten teilnahmen, ein Todesurteil bestätigte. Auffallend war auch, dass die inländische Presse zu dem Fall schwieg und lediglich oppositionelle Internetzeitungen darüber berichteten.

Mehrnahad ist 28 Jahre alt. Er war als Korrespondent der in Teheran erscheinenden reformorientierten Tageszeitung „Mardomsalari“ in der südöstlichen Stadt Zahedan und Vorstandsmitglied des Jugendvereins „Seday-e edalat“ (Stimme der Gerechtigkeit) tätig. Jahre lang organisierte er Kulturprogramme, Konzerte und Lehrveranstaltungen. Bei Vorträgen und in Artikeln kritisierte er oft die Zustände in der Provinz Belutschistan, die zu den ärmsten und vernachlässigten Provinzen des Landes gehört.

Der Verein Jaghub, dem Mehrnahad vorsah, organisierte im vergangenen Jahr eine Diskussionsveranstaltung unter dem Motto: „Fragende Jugend – Antwortende Verantwortliche“, an der auch der Bezirksdirektor teilnahm. Am 6. Mai, wenige Tage nach der Veranstaltung, wurden Mehrnahad, sein Bruder und einige andere Vereinsmitglieder festgenommen, sie wurden aber mit Ausnahme von Mehrnahad nach drei Monaten freigelassen. Mehrnahad wurde beschuldigt, mit der Gruppe Djondollah, die durch mehrere Terroranschläge bekannt geworden ist, zusammengearbeitet zu haben. Das Regime in Teheran behauptet, die Gruppe stehe mit der Terrororganisation Al Qaida in Verbindung und strebe nach ethnischer und religiöser Autonomie. Die meisten Bewohner Belutschistans gehören der sunnitischen Minderheit an. Rund 90 Prozent der Iraner sind Schiiten.

Mehrnahad wurde nach Aussagen seiner Verwandten, die ihn im August im Gefängnis besuchen durften, in der Untersuchungshaft schwer gefoltert. Im Dezember wurde Mehrnahad unter dem Vorwurf „Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit“ und „Bewaffneter Kampf gegen die Islamische Republik“ zum Tode verurteilt.

Vier Männer wegen Mordes und sechs wegen Raubüberfalls am gleichen Tag hingerichtet

Medienberichten zufolge wurden in Iran sechs Männer wegen eines Raubüberfalls in einem Basar hingerichtet. Die Männer seien am 20. Februar in einem Gefängnis der nordwestlichen Stadt Sandjan gehängt worden, meldete die halbstaatliche Nachrichtenagentur Fars. Demnach sei einer der Männer zudem wegen Mordes verurteilt gewesen.

Am gleichen Tag wurden vier weitere Männer, die wegen Mordes zum Tode verurteilt worden waren, im Evin-Gefängnis in Teheran hingerichtet.

Seit die iranische Justiz gegen „unmoralisches Verhalten“ rigoros vorgeht, hat die Zahl der Hinrichtungen zugenommen und die Polizei hat Dutzende Drogenhändler, Vergewaltiger und Mörder festgenommen. Auf all diese Delikte steht im Iran die Todesstrafe. Es kommt aber auch vor, dass politische Aktivisten unter dem Vorwand krimineller Handlungen hingerichtet werden.

Verschärfte Auflagen für öffentliches Erhängen von Verurteilten

Öffentliche Hinrichtungen durch den Strang sollen in Iran künftig strengen Auflagen unterliegen. Künftig dürften zum Tode Verurteilte nur noch mit Zustimmung des Obersten Leiters der Justizbehörde, Ayatollah Mohammad Haschemi Schahrudi, öffentlich gehängt werden, wie dessen Sprecher am 30. Januar mitteilte. Ein entsprechendes Dekret untersagte außerdem die Veröffentlichung von Bildern der Hinrichtungen in den Medien. Ob die Hinrichtung öffentlich vollzogen werde, solle jeweils „von den Bedürfnissen der Gesellschaft“ abhängig gemacht werden.

Die meisten der 27 vollstreckten Todesstrafen im Januar waren öffentlich. Im vergangenen Jahr gab es mindestens 298 Hinrichtungen. Die Justiz des Landes sieht die Todesstrafe für verschiedene Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung, Drogenhandel, Landesverrat, Spionage, Ehebruch und Prostitution vor.

Amnesty wirft Iran Unterdrückung von Frauenrechtlerinnen vor

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat der iranischen Regierung die systematische Unterdrückung der Frauenbewegung vorgeworfen. Wer sich gegen die rechtliche und alltäglich Diskriminierung von Frauen in der iranischen Gesellschaft engagiere, müsse mit Haft, Misshandlungen und Schikanen rechnen, heißt es in einem am 28. Februar veröffentlichten Bericht der Organisation.

Seit verschiedene Organisationen im August 2006 eine Kampagne für Gleichberechtigung begonnen haben, hätten

die iranischen Behörden Dutzende Aktivistinnen unter vagen Vorwürfen verhaften lassen. Immer wieder löse die Polizei friedliche Demonstrationen auf, bedrohe und behindere Unterstützerinnen der Frauenbewegung. Mehrfach sei seit Januar auch die Internetseite der Kampagne (www.change4equality.com/english/) blockiert worden.

„Frauen in Iran werden nach wie vor wie Bürger zweiter Klasse behandelt“, erklärte die Nahost-Expertin von Amnesty International Deutschland, Ruth Jüttner. Zwar stellten sie die Hälfte der Bevölkerung, könnten aber weder Richterinnen werden, noch für die Präsidentschaft kandidieren. „Bei der Heirat, bei Scheidungen, Erbschaften und beim Sorgerecht haben sie nicht die gleichen Rechte wie Männer, vor Gericht ist die Aussage einer Frau halb so viel wert wie die eines Mannes“, so Jüttner weiter.

Amnesty forderte die iranische Regierung auf, inhaftierte Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtler sofort freizulassen, die Unterdrückung der Frauenbewegung einzustellen und die diskriminierenden Gesetze abzuschaffen.

Männerquoten für Studiengänge

Angesichts der ständig wachsenden Zahl der weiblichen Studenten an den iranischen Universitäten haben die Behörden in Teheran für die meisten Fächer Männerquoten eingeführt. Künftig solle je 30 Prozent der Studienplätze in Medizin, Ingenieurwesen und den Humanwissenschaften nach dem Geschlecht der Bewerber vergeben werden und der Rest dann nach der Befähigung der Kandidaten, teilte der Chef der Vergabebehörde, Abdolrasoul Pur Abbas, am 25. Februar der Zeitung „Etemad“ mit. Bis auf wenige Ausnahmen mussten die Bewerber bisher ein Zulassungsverfahren überstehen, bei dem allein ihre Kenntnisse eine Rolle spielten.

Die staatlichen und islamischen Universitäten im Iran haben derzeit rund drei Millionen Studenten. Seit mindestens fünf Jahren sind Frauen dabei in der Überzahl. In vielen Fächern wie zum Beispiel Medizin und Naturwissenschaften sind inzwischen 60 Prozent der Studenten weiblich. Unter den Konservativen im Land geht bereits die Angst um, es könnte in Zukunft weit mehr Akademikerinnen geben als Akade-

miker. In einer Debatte im Parlament wurde darauf hingewiesen, dass die ansteigende Zahl der Akademikerinnen zu Problemen bei der Familienbildung führen würde: Männer könnten keine Frauen neben sich dulden, die einen höheren Bildungsstand haben. Auch Abgeordnete, die für eine Trennung von Krankenhäusern für Männer und Frauen eintreten, argumentierten, die Überzahl von Ärztinnen könnte zum Ärztemangel bei der medizinischen Versorgung von Männern führen.

Die Quotierungsmaßnahme hat zu landesweiten Protesten, insbesondere bei Frauenorganisationen aber auch bei den Reformern geführt. Pur Abbas wies die Kritik zurück. Zwar würden die neuen Quoten bei den Naturwissenschaften die Männer bevorzugen, doch bei Mathematik und im Ingenieurwesen seien sie für die Frauen interessanter, sagte er.

Iran nach China Land der meisten Blogger

Einem Bericht der Financial Times zufolge ist Iran nach China weltweit das Land mit den meisten Bloggern. Die Nutzer sind in sämtlichen Schichten und politischen Fraktionen vertreten. Ob Reforme oder radikale Islamisten, Geistliche oder Ingenieure, in allen politischen Richtungen scheint das Mitteilungsbedürfnis im Internet immer größere Kreise zu umfassen. Selbst Staatspräsident Ahmadinedschad hat nach seiner Wahl öffentlich angekündigt, dass er als Blogger seine Gedanken dem Volk mitteilen will. Kürzlich erzählte er, dass eine große Schar von Menschen auf seine Mittelungen reagiert habe und er nun nicht wisse, ob er die Zeit, die er zum Bloggen vorgesehen habe, für neue Mittelungen nutzen solle oder dazu, um die zahlreichen Fragen zu beantworten.

Die Zahl der Internetnutzer liegt im Iran bei rund fünfzehn Millionen, 800.000 davon sind Blogger. Das hängt sicherlich nicht zuletzt mit Einschränkungen zusammen, die der Presse und der freien Meinungsäußerung auferlegt werden. Die Organisation "Reporter ohne Grenzen" hat in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht über die Freiheit der Presse und Meinungsäußerung Iran unter 169 Staaten auf Platz 166 eingestuft. Nach Iran kommen nur noch Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

Das Regime versucht, jede technische Möglichkeit einzusetzen, um unliebsame Blogseiten zu filtern. Das gilt in erster Linie für politische Seiten, aber auch für alle Blogs, die der moralisch-ethischen Auffassungen der Islamisten nicht entsprechen. Zu diesem Zweck wurden die modernsten Filtergeräte, die in den USA hergestellt werden, für Millionen Dollar gekauft. Dennoch sind die Zensoren zumindest bislang mit ihrem Vorhaben nicht allzu weit gekommen. Denn die Begriffe, seien es politische oder sexistische, die eingegeben werden, sind oft dieselben, die auch die Islamisten benutzen.

Berliner Ensemble gewinnt ersten Preis beim Theaterfestival in Teheran

Das Berlin Ensemble wurde für die beste Aufführung beim diesjährigen Fadjr-Theaterfestival in Teheran geehrt. Wie das Theater am 16. Februar mitteilte, ging der erste Preis an Claus Peymanns Inszenierung von Bertolt Brechts „Mutter Courage und ihre Kinder“. Das Ensemble hatte drei ausverkaufte Vorstellungen vor fast 5000 Zuschauern gezeigt. Es war bereits das zweite Gastspiel des Theaters bei dem von Dramatic Arts Center of Iran veranstalteten Festival.

Vor der diesjährigen Premiere hatte es Streit über bestimmte Szenen und Kostüme sowie die Benutzung von Waffen auf der Bühne gegeben. Zudem gab es Kritiker in Deutschland, die Peymann vorwarfen, er unterstütze mit seinem Auftritt das Regime von Präsident Ahmadineschad.

Dazu veröffentlichte das BE am 13. Februar in Teheran eine Presseerklärung in der es hieß: „Wir halten dennoch unsere Entscheidung, mit Brechts bewegendem Antikriegsstück COURAGE – auch gegen viele Stimmen und gar eine Demonstration von dem Theater am Schiffbauerdamm – auf dem Fadjr-Festival zu gastieren für richtig, und vielleicht gerade wegen der erlebten Schikanen für wichtig. Das Fadjr-Festival, das in diesem Jahr zum 26. Mal stattfindet, ist nach unserer Meinung das wichtigste Theaterfestival außerhalb Europas. Viele hundert Theater- und Filmemacher aus aller Welt, zahllose Studenten- und Amateurtheaterleute begegnen sich, tauschen ihre Fantasien aus und verwandeln Teherans Straßen in eine große Theaterbühne.“

Die Kunst hält das immer kleiner werdende Fenster in den Mauern, die heute die Welt längst wieder teilen, offen. Gespräche mit Künstlern, Theatermachern und Filmregisseuren – und natürlich dem Publikum, bestätigen, wie wichtig derartige Gastspiele im Iran sind. Der Durst der Menschen nach Begegnungen mit einer anderen Welt ist ungeheuer groß. Die Freude und Dankbarkeit unserer Zuschauer in Teheran erfüllt uns mit Freude und Dankbarkeit.“

Auch der „Iranische Dialogkreis Berlin“ begrüßte den Auftritt des Berliner Ensembles in Teheran und wies die Kritik daran entschieden zurück. Das Gastspiel könne „neue Denkanstöße bei Kulturschaffenden und Kulturinteressierten im Iran geben, die von außen und im Rahmen der gegenwärtigen internationalen Kontakte noch möglich sind“, heißt es in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung. Die Darbietung könne „keine Aufwertung des Regimes in Teheran sein“, sie leiste vielmehr „einen Beitrag zur Öffnung des Landes“. „Mit Forderungen nach Totalboykott auch im kulturellen Bereich“ mache man sich zu „Handlangern einer totalitären Herrschaftsideologie.“

Schweizer wurde bester männlicher Schauspieler

Auch die schweizerisch-deutsche Gruppe „mikeska:plus:belendwerk“ hat mit dem Stück: „Rashomon :: TRUTH LIES NEXT DOOR“ unter der Regie von Bernhard Mikeska am Teheraner Theaterfestival teilgenommen. In einer Mitteilung der Gruppe an Iran-Report heißt es: „Die eigenwillige Produktion, in der einzelne Zuschauer in einer hyperrealistischen Instellation den Protagonisten eines Mordfalls in einer Reihe von Hotelzimmern hautnah begegnen, löste bei den iranischen Zuschauern überwältigende Reaktionen aus. Aufgrund des unmittelbaren Kontakts mit dem Publikum – der in der Islamischen Republik Iran üblicherweise verhindert oder zumindest erschwert wird – kam es in kurzer Zeit zu intensiven Begegnungen zwischen den Produktionsmitgliedern und den iranischen Zuschauern, darunter zahlreichen Film- und Theaterschaffenden.“

An der Abschlusszeremonie vor über 300 Zuschauern in der Teheraner Vahdat Hall wurde dem in Zürich lebenden

Schauspieler Sascha Gersak der Preis für den besten männlichen Schauspieler des größten Theaterfestivals der Region überreicht.“

Morricone schreibt Musik zu Film über Chomeini

Der italienische Komponist Ennio Morricone (79) will nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Mehr die Musik zu einem Film über den Gründer der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, schreiben. Regisseur Behruz Afkhami sagte der Agentur am 3. Februar, es hätten bereits erste Verhandlungen mit Morricone stattgefunden. Sobald der Film gedreht sei, werde er Morricone übermitteln. Bis zum Sommer wolle der 79-jährige die Komposition fertig haben. In dem Film über Ayatollah Chomeini geht es um dessen Kampf gegen den Schah Reza und dessen Sohn Mohammad Reza Pahlawi. Chomeini war 1889 im Alter von 87 Jahren gestorben.

II. Wirtschaft

Bau des zweiten Atomkraftwerks begann

Iran hat mit dem Bau eines zweiten Atomkraftwerks begonnen. Die 360-Megawatt-Anlage entsteht in Darchowin in der südwestlichen Provinz Chusestan an der Grenze zum Irak, sagte der iranische Botschafter in Moskau, Gholamreza Ansari, am 8. Februar. Jetzt müsse sich sein Land Gedanken über die Belieferung des neuen Kraftwerks mit Brennstäben machen. Das erste iranische Atomkraftwerk, für das Russland die Brennstäbe geliefert hat, entsteht derzeit nahe der Stadt Bushehr im Süden des Landes. Der Regierung in Teheran zufolge kann es in diesem Jahr den Probetrieb aufnehmen.

Wegen des rapide ansteigenden Energiebedarfs plant Iran bis 2020 den Bau von zusätzlichen Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von 20.000 Megawatt. Die Internationale Atombehörde hat das neue Projekt in Darchowin mehrmals erwähnt. Ob sie derzeit Zugang zu dem Projekt hat, sagte ein IAEA-Vertreter nicht.

Botschafter Ansari versuchte zugleich, nach dem jüngsten Raketentest aufgekommene russische Bedenken über das iranische Raumfahrtprogramm zu zerstreuen. „Wie erklären unseren Freunden, dass wir was die Raumforschung angeht keine militärischen Ziele verfolgen“, sagte er Itar-Tass zufolge vor Journalisten in Moskau. Russland Vizeaußenminister Alexander Losjukow hatte erklärt, der Raketentest werfe Fragen über den wahren Charakter des iranischen Atomprogramms auf.

Iran schickt im Sommer eigenen Satelliten ins Weltall

Trotz internationaler Kritik treibt Iran sein umstrittenes Raketenprogramm mit Tempo voran. Sein Land werde bereits in diesem Sommer einen ersten eigenen Satelliten ins Weltall schießen, erklärte Präsident Ahmadinedschad am 11. Februar in seiner Rede anlässlich des 29. Jahrestags der iranischen Revolution. Das Satelliten-Projekt diene reinen Forschungszwecken und werde ohne ausländische Hilfe umgesetzt. Zur Vorbereitung des Starts werde Iran in den nächsten Monaten noch zwei weitere Raketentests unternehmen. Gleichzeitig bekräftigte Ahma-

dinedschad erneut den Anspruch seines Landes auf ein ziviles Atomprogramm.

„Mit Gottes Willen wird der erste hundertprozentig iranische Satellit im nächste Sommer in der Umlaufbahn positioniert“, rief Ahmadinedschad in Teheran einer jubelnden Menschenmenge zu. In iranischen Staatsmedien war zuletzt März 2009 als Termin für den Start des Satelliten namens „Omid“ (Hoffnung) genannt worden. Die Raketentechnologie zur Entsendung von Satelliten kann auch zum Abschuss von Waffen benutzt werden.

Iran hatte Anfang Februar eine Rakete für den Abschuss eines Satelliten getestet und damit internationale Kritik ausgelöst. Neben den USA (s. Seite 15) zeigte sich auch Russland äußerst besorgt, da der Test neue Fragen über die tatsächlichen Ziele des iranischen Atomprogramms aufwerfe. Bisher hatte die Regierung in Moskau stets die Vorwürfe des Westens in Zweifel gezogen, wonach Iran unter dem Deckmantel seines Atomprogramms nach Nuklearwaffen strebt. Der Test wecke den Verdacht, dass die iranische Regierung womöglich den Bau einer Atombombe anstrebe, sagte der russische Vizeaußenminister Alexander Losjukow der Nachrichtenagentur Interfax. Raketen einer gewissen Reichweite seien ein Bestandteil eines solchen Waffensystems und ließen deshalb natürlich Bedenken aufkommen.

Ungeachtet dessen erklärte Ahmadinedschad in Teheran: „Die iranische Nation wird kein Jota von ihren nuklearen Rechten abrücken.“ Zudem warf der Präsident den fünf Veto-Mächten des UN-Sicherheitsrats und Deutschland Propaganda vor. Zehntausende Iraner feierten in mehreren Städten den Sturz des von den USA gestützten Schahs 1979.

Einem Bericht des staatlichen Fernsehens vom 17. Februar zufolge übermittelt die erste iranische Forschungsrakete im Weltraum erfolgreich wissenschaftliche Daten zum Kontrollzentrum. Die Rakete habe eine Umlaufbahn von 200 bis 250 Kilometer über der Erde erreicht und funke seit dem Start am 4. Februar Daten.

Mit der Eröffnung seines ersten Raumfahrtzentrums hat Iran den Anspruch auf den Status einer Weltraummacht erhoben. „Wir brauchen eine aktive und wirkungsvolle Präsenz im Weltraum“, sagte Präsident Ahmadinedschad in einer Fernsehansprache. Das in einem

Wüstengebiet in der nord-östlichen Provinz gelegene Zentrum umfasst nach Angaben der Nachrichtenagentur IRNA eine unterirdische Kontrollstation und eine Abschussrampe. Das Fernsehen zeigt Bilder eines flachen, von Fahren umgebenen Areal.

Turkmenistan will Euro für Gas

Der Führung in Teheran zufolge will Turkmenistan künftig Erdgas statt gegen Dollar gegen Euro an Iran liefern. „Wir stießen zunächst auf die Ablehnung Turkmenistans, aber wir haben es schließlich überzeugt“, sagte der Chef der nationalen iranischen Gasfirma, Resa Kassaisadeh am 12. Februar. Ein Vertragsentwurf der Turkmenen liege bereits vor. Es blieb zunächst unklar, wann die seit Dezember unterbrochene Versorgung wieder aufgenommen werden soll.

Turkmenistan hatte die Lieferung an Iran unter Verweis auf technische Probleme eingestellt. Iranische Amtsträger erklärten jedoch, dass das Nachbarland in Wirklichkeit nur Preiserhöhungen durchsetzen wolle. Die Islamische Republik verkauft seit zwei Jahren mehr Öl in anderen Währungen als in Dollar. Sie begründet diesen Schritt mit dem niedrigen Kurs der US-Währung, der die Kaufkraft Irans mindere.

Deutschland fährt Exporte nach Iran deutlich zurück

Deutschland hat seine Ausfuhren nach Iran einem Pressebericht zufolge deutlich zurückgefahren als bisher angenommen. Der Umfang der Hermesbürgschaften für Exporte deutscher Unternehmen nach Iran sei von 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2006 um mehr als 50 Prozent auf 503,4 Millionen im vergangenen Jahr zurückgegangen, berichtete die Financial Times am 12. Februar in ihrer Online-Ausgabe unter Berufung auf vertrauliche Unterlagen des Bundeswirtschaftsministeriums. Auch der Umfang der Exporte habe sich in den vergangenen drei Jahren deutlich verringert. Nachdem er 2005 noch 4,3 Milliarden Euro betragen habe, seien von Januar bis November 2007 nur noch Waren im Wert von 3,2 Milliarden Euro aus Deutschland nach Iran ausgeführt worden.

Die UN-Sanktionen gegen Iran und die damit verbundenen Entscheidungen der Europäischen Union hätten zu einer besonders strengen Prüfung von Anträgen für Exportgenehmigungen geführt, schrieb laut „FT“ der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Walther Otremba, in einer Antwort auf die Anfrage der FDP. Die finanziellen Risiken von Bürgschaften für Exporte nach Iran würden genauer unter die Lupe genommen.

Die FDP befürchtet laut Financial Times, dass die Bundesregierung über die für den Handel mit Iran geltenden Sanktionen hinaus Druck auf deutsche Firmen ausüben könnte. Für die Unternehmen müsse Rechtssicherheit geschaffen werden, forderte die FDP-Bundestagsabgeordnete Elke Hoff.

Chinesische Banken stoppen Zusammenarbeit mit Iran

Chinesische Banken haben nach Angaben des stellvertretenden iranischen Außenministers auf Druck der USA ihre Geschäftsbeziehungen mit Finanzinstituten in der Islamischen Republik beendet. Die Zusammenarbeit war bereits vor vier Monaten von Chinas Banksystem eingestellt worden, zitierte die Tageszeitung „Etemad“ Mahdi Mirabutalebi am 2. Februar. Details wurden nicht genannt. Die USA haben im Zuge ihrer Bemühungen, Iran wegen seines Atomprogramms zu isolieren, internationale Banken zum Stopp eines Engagements in Iran aufgefordert.

China ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Handelspartner der Islamischen Republik avanciert. 2007 war Iran der drittgrößte Öllieferant der Volksrepublik.

Iran will Energieunternehmen an ausländische Börsen bringen

Iran will einem Medienbericht zufolge zahlreiche Energiefirmen privatisieren und in einer Dachgesellschaft zusammengefasst an ausländische Börsen bringen. Die 47 betroffenen Öl- und Gasunternehmen hätten insgesamt einen Wert von etwa 90 Milliarden US-Dollar, zitierte das in London erscheinende Magazin „Middle East Economic Digest“ am 10. Februar den Vertreter der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft (NIOC), Hodschatollah Ghanimi-Fard. Ziel sei es, ausländische Investoren anzu-

locken. Dazu sollten die Papiere der Holding an vier Börsen gehandelt werden. Zwei davon befänden sich in Nachbarländern Irans und die beiden anderen in asiatischen Ländern, sagte Ghanimi-Fard, ohne die Namen zu nennen. Bis 2014 sollten die Energiefirmen zudem an die Teheraner Börse gebracht werden.

Der weltweit viertgrößte Ölexporteur hatte zuletzt 2006 beschlossen, Anteile an mehreren staatlichen Firmen an die Börse zu bringen, um seinen stockenden Privatisierungsprozess wieder in Gang zu bringen. Damals hatte es jedoch geheißen, wichtige Ölfirmen und Banken sollten in staatlicher Hand bleiben.

Gazprom sichert sich große Energieprojekte in Iran

Der russische Gasmonopolist Gazprom hat sich einen größeren Zugang zu einem riesigen Gasfeld in Iran gesichert. Gazprom wird sich nach Angaben vom 20. Februar am weiteren Phasen beim Gasfeld Süd-Pars beteiligen. Nach iranischen Angaben sind die Verhandlungen „nahezu abgeschlossen“. Zahlen wurden zunächst nicht bekannt. Die Vereinbarung habe Gazprom-Chef Alexej Miller bei einem Treffen mit dem iranischen Energieminister Gholamhossein Nosari getroffen, hieß es.

Neues Gasvorkommen vor der Küste Irans entdeckt

Vor der Küste Irans ist ein neues Gasvorkommen entdeckt worden. Wie Ölminister Gholamhossein Nosari am 2. Februar auf einer Pressekonferenz in Teheran bekannt gab, werden unter dem Persischen Golf 311 Milliarden Kubikmeter Gas vermutet. Nosari fügte hinzu, eine Firma aus Indien habe den Rohstoff entdeckt, nannte aber nicht deren Namen. Iran verfügt nach Russland über die zweitgrößten Gasvorkommen der Welt und strebt den Export nach Armenien, Pakistan, Syrien und auch Europa an. Bisher fehlt es aber an Investitionen in die Infrastruktur, um die Gasvorkommen für einen großangelegten Export auszubereiten. Zudem werden Geschäfte mit dem Iran durch Sanktionen der UNO erschwert.

Iran fordert OPEC-Diskussion über Kürzung der Ölförderung

Iran forderte von den OPEC-Ländern eine Kürzung der Ölförderung. Darüber müsse auf der nächsten OPEC-Sitzung im März gesprochen werden, sagte Irans Öl-Minister Gholamhossein Nosari am 3. Februar in Teheran. Eine Drosselung sei notwendig, um die Preise angesichts einer möglichen US-Rezession stützen zu können.

Die OPEC hatte wenige Tage zuvor mitgeteilt, ihre Erdöl-Produktion nicht anzuheben. Die derzeitige Fördermenge reiche aus, um die erwartete Nachfrage im ersten Quartal zu decken, hatte das Ölförderkartell erklärt. Es gebe aber erhebliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem erwarteten weltweiten Konjunkturabschwung. Deren Auswirkungen auf wichtige Grunddaten des Marktes werde man bis zum nächsten OPEC-Treffen am 5. März aufmerksam beobachten. Vor allem die USA hatten von der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) gefordert, ihre Fördermenge auszuweiten. Damit soll der Öl-Preis gedrückt und der lahmenden US-Wirtschaft geholfen werden.

III. Außenpolitik

IAEA weiter besorgt über Irans Atomprogramm

Iran liefert der Internationalen Atombehörde (IAEA) zufolge weiterhin nur unvollständige Informationen über sein umstrittenes Atomprogramm und hält an der Urananreicherung fest. Trotz größerer Offenheit fehlt es an der letzten Sicherheit, dass das Atomprogramm Irans ausschließlich zivilen Zwecken diene, erklärte die IAEA am 22. Februar. Die Behörde berichtete weiter, dass Iran neue Zentrifugen zur schnelleren Anreicherung von Uran teste. Die Führung in Teheran habe IAEA-Inspektoren zwar jüngste Arbeitsergebnisse präsentiert, setzte aber zugleich die Arbeit an der Urananreicherung fort.

IAEA-Chef Mohammad El Baradei erklärte, seine Behörde habe Fortschritte gemacht, das iranische Atomprogramm zu verstehen. Das reiche aber nicht aus, um Besorgnisse über den militärischen Charakter des Projekts zu zerstreuen. Iran lasse es an befriedigenden Antworten auf Geheimdienstvorwürfe fehlen, sein Atomprogramm mit anderen Vorhaben zu koppeln, die zur militärischen Nutzung geeignet seien, kritisierte die IAEA. Das gebe Anlass zu ernster Sorge. Ohne entsprechende Klarstellungen könne es „kein Vertrauen in die ausschließlich zivile Natur des Programms geben“.

Die USA drängten unmittelbar nach der Vorlage des IAEA-Berichts auf weitere Sanktion gegen Iran. Sie seien „enttäuscht“, dass Iran seinen Verpflichtungen nicht vollständig nachkomme und befürworteten deshalb weitere Strafmaßnahmen gegen die Islamische Republik, sagte eine Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrats der US-Regierung.

Großbritannien und Frankreich brachten am 21. Februar formell einen Resolutionsentwurf in den fünfzehn Mitglieder umfassenden UN-Sicherheitsrat ein. Darin sind Reisebeschränkungen und das Einfrieren der Vermögen bestimmter iranischer Staatsvertreter sowie die Überwachung aller Banken der Islamischen Republik vorgesehen. Großbritannien und Frankreich erklärten, sie hoffen darauf, dass der UN-

Sicherheitsrat bereits in der letzten Februarwoche die Resolution verabschiedete.

Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland hatten sich im Januar in Berlin nach monatelangem Ringen auf eine neue UN-Resolution geeinigt. Die Resolution sollte Strafmaßnahmen enthalten, die über die bisherigen Entschließungen des Sicherheitsrats hinausgehen. Vor allem die USA verlangen, den Druck auf Iran zu erhöhen. „Selbst bei eher leidenschaftsloser Einschätzung dessen, was der IAEA-Bericht aussagt oder was die Iraner tun, müsste man sagen, dass die Gründe für eine Resolution des Weltsicherheitsrats sehr stark sind“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice am 22. Februar in Washington. Iran setze die Urananreicherung fort und habe sie noch weiter ausgebaut. Zudem mache die Führung in Teheran in allen ihren Äußerungen deutlich, dass sie dem Willen der internationalen Gemeinschaft nicht entsprechen will. Angesichts der aktuellen atomaren Aktivitäten Irans, seine Weigerung, Fragen über frühere Geheimprogramme zu beantworten, sowie die Befürchtung, dass das Regime seine Technik zum Bau von Atomwaffen weiter perfektionieren könnte, gebe es gute Gründe, die dritte Resolution im Weltsicherheitsrat vorzubringen, sagte Rice.

Iran: Neue Resolution von UN-Sicherheitsrat „ohne Rechtsbasis“

Die von den USA und mehreren EU-Staaten befürwortete Resolution des UN-Sicherheitsrats gegen Iran hat nach Auffassung der dortigen Führung „keine rechtliche Grundlage“. Sollte der Sicherheitsrat im Atomstreit eine dritte Resolution beschließen, werde sie Teheran als gegenstandslos betrachten, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, Dschawad Wahidi, am 23. Februar der iranische Nachrichtenagentur ISNA. Den USA und den westlichen Ländern warf der Mitarbeiter des iranischen Chefunterhändlers Said Dschalili vor, falsche Schlussfolgerungen aus dem jüngsten IAEA-Bericht zu ziehen.

IAEA zeigt Dokumente über fragliche iranische Atomaktivitäten

Experten der Internationalen Atombehörde (IAEA) haben Mitgliedern des IA-

EA-Gouverneursrats umfassende Dokument über noch offene Fragen zum iranischen Atomprogramm gezeigt. Nach dem Treffen sagte der britische Botschafter Simon John Smith am 25. Februar vor Journalisten, die Dokumente zeigen, dass die bisherigen Aussagen Teherans zu seinem Atomprogramm „unvollständig, nicht ausreichend und ausweichend“ seien. Der jüngste Iran-Bericht von IAEA-Chef Mohammed El Baradei „bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen“.

Nach Äußerungen eines Diplomaten in Wien, den die Deutsche Presseagentur in einer Meldung vom 26. Februar zitierte, beweisen die Dokumente „ohne jeden Zweifel“, dass „Teheran zumindest bis 2003 an der Entwicklung von Atomwaffen gearbeitet“ habe. „Dass das IAEA-Sekretariat den Mitgliedern des Gouverneursrats aus eigenem Antrieb solche Dokumente zeigt, ist schon äußerst ungewöhnlich“, sagte der Diplomat. Der Vertreter Irans, der bei der selben Präsentation anwesend gewesen sei, habe sich außerstande gesehen, die von der IAEA vorgelegten Dokumente zu erklären.

Der iranische UN-Botschafter in Wien, Ali Asghar Soltanieh, bestritt alle Vorwürfe, wonach Iran an einem Nuklearprogramm gearbeitet habe. Die jetzt vorgelegten Unterlagen seien „erfunden“. Er beschuldigte einmal mehr die USA, die Glaubwürdigkeit der UN-Atombehörde zu untergraben.

Teheran bezeichnet IAEA-Bericht als großen Erfolg

Die iranische Führung hat den von der Internationalen Atombehörde (IAEA) vorgelegten Bericht als einen großen Erfolg für das Land bezeichnet. Revolutionsführer Ali Chamenei sprach von einem „großartigen Erfolg“. „Eine der Errungenschaften in den vergangenen 29 Jahren ist das Thema Atom“, sagte er am 26. Februar im einflussreichen Expertenrat in der Hauptstadt Teheran mit Blick auf die islamische Revolution vor fast 30 Jahren. „Die iranische Nation hat zu Recht einen großartigen Erfolg und eine bemerkenswerte Leistung erreicht“, sagte Chamenei weiter. Besonders würdigte er dabei das Wirken von Präsident Ahmadinedschad. „Die persönliche Rolle des Präsidenten und sein Widerstand in Bezug auf das Atomprogramm sind sehr eindeutig.“ Das Volk stehe fest hinter dem Atomprogramm.

Ahmadinedschad bezeichnete weitere UN-Sanktionen gegen Iran als wirkungslos. Die internationale Gemeinschaft könne „noch hundert Jahre lang“ Resolutionen gegen Iran erlassen, ohne die Islamische Republik von ihren Atomplänen abzubringen, sagte er am 24. Februar im Staatsfernsehen. Die USA und ihre Verbündeten könnten „die iranische Nation nicht in die Knie zwingen“. Sollten sie dennoch den Druck erhöhen, habe Iran Gegenmaßnahmen entwickelt, fügte der Präsident hinzu, ohne konkrete Schritte zu nennen. Iranische Politiker hatten in der Vergangenheit wiederholt davor gewarnt, das Land könne seine Kooperation mit der Internationalen Atombehörde infrage stellen, wenn es unter Druck gesetzt werde.

Ahmadinedschad zeigte in seiner Rede demonstrativ Trotz gegenüber den Westmächten: Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die internationale Gemeinschaft weitere Forderungen stelle, wenn Iran nachgebe. „Wenn wir aber Widerstand leisten, müssen sie nachgeben“, sagte der Präsident. Er forderte im Hinblick auf den neuen IAEA-Bericht die USA und ihre Verbündeten auf, sich für „ihre Fehler“ zu entschuldigen und Iran zudem Schadensersatz zu zahlen. Zugleich drohte er jedem Land, das sich für eine Verschärfung der UN-Sanktionen einsetze, mit nicht näher bezeichneten Maßnahmen.

Russland will neue Sanktionen gegen Iran unterstützen

Russland hat im Atomstreit mit Iran seine Unterstützung für neue Sanktionen gegen die Islamische Republik angekündigt. Falls Iran in den nächsten Tagen die Anreicherung von Uran nicht stoppe, werde sein Land neuen Strafmaßnahmen zustimmen, zitierte die Nachrichtenagentur Interfax den russischen UN-Botschafter Witali Tschurkin am 27. Februar.

Indes wurde der für den 29. Februar zur Verabschiedung einer neuen UN-Resolution vorgesehene Termin auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Dies teilte ein westlicher Diplomat in New York der afp mit. Die Verschiebung erfolgte, um Bedenken von nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats auszuräumen. Südafrika, Indonesien, Libyen und Vietnam sollten demnach zur Beteiligung an einem einstimmigen Beschluss bewegt werden.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat Indonesien gebeten, bezüglich des iranischen Atomstreits seinen Einfluss in der islamischen Welt geltend zu machen. Notwendig sei weiterhin die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft. „Daran arbeiten wir“, sagte Steinmeier am 27. Februar nach einem Treffen mit seinem indonesischen Amtskollegen Hassan Wirajuda in Jakarta. „Wir brauchen Indonesien als großen Einflussfaktor in der muslimischen Welt, um diese Geschlossenheit aufrecht zu erhalten.“ Indonesien, das 230 Millionen Einwohner hat, ist das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt.

Zwar sei die Diskussion über die nächste Iran-Resolution des UN-Sicherheitsrats noch nicht abgeschlossen, weshalb Indonesien derzeit noch nicht förmlich um Unterstützung gebeten werden könne, sagte Steinmeier. Allerdings sei die Unterstützung Jarkartas nötig, um Iran davon zu überzeugen, zu einer konstruktiven Haltung gegenüber der Weltgemeinschaft zurückzukehren.

USA „tief besorgt“ über Zunahme der Zentrifugen und Raketentest Irans

Die USA sind nach Angaben eines hochrangigen Regierungsvertreters „tief besorgt“ über die jüngsten Entwicklungen in Iran. Die Berichte über Forschungsarbeiten an hoch entwickelten Uran-Zentrifugen und über einen Raketentest deuteten auf eine mögliche Eskalation der Situation durch die Iraner hin, sagte Außenamtsstaatssekretär Nicholas Burns am 10. Februar der Nachrichtenagentur Reuters. Die Verabschiedung einer dritten UN-Resolution erscheine den USA eine angemessene Antwort auf diese Entwicklung.

Solana warnt vor Destabilisierung in Nahost durch Iran

EU-Chefdiplomat Javier Solana hat vor einer Destabilisierung im Nahen Osten durch die Atompolitik Irans gewarnt. „Wenn Iran eine Atomwaffe entwickeln würde, könnte dies die Ursache für drastische Instabilität in Nahost sein“, sagte Solana am 30. Januar vor dem Europaparlament in Brüssel. „Selbst der Verdacht kann den Nahen Osten destabilisieren. Unser Ziel ist

es deshalb, diesen Verdacht zu beseitigen.“

Die Urananreicherung, auf die Iran nicht verzichten will, sei deswegen besonders unverständlich, weil Iran keine Anstrengung unternehme, zivile Atomkraftwerke zu entwickeln. Es gebe keine Antwort auf die Frage, wozu Iran angereichertes Uran brauche. Die internationale Gemeinschaft tue gut daran, ein System zu schaffen, mit dem allen Ländern Atombrennstoff für Kraftwerke garantiert wird, ohne dass diese selbst Uran anreichern müssen.

„Wir hätten gerne eine konstruktive Zusammenarbeit mit Iran, aber das ist schwierig“, sagte Solana. Es gebe erhebliche Verstöße gegen die Menschenrechte. Steigende Hinrichtungszahlen und Berichte über Folter „schädigen nur Irans Ansehen als zivilisiertes Land“. Iran sei auch „ein schwieriger Akteur im Nahen Osten“. „Wir glauben an eine Zwei-Staaten-Lösung, Iran will das nicht“, sagte Solana. Iran sei der Hauptwaffenlieferant für die radikal-islamische Hamas in den Palästinensergebieten und für die Hisbollah im Libanon.

Druck auf Iran zentrales Thema bei Olmerts Besuch in Berlin

Israel dringt Regierungskreisen zufolge darauf, die Forderung nach einem Ende des iranischen Atomprogramms mit mehr wirtschaftlichem und politischem Druck zu verbinden. Dies müsse nicht nur durch die Vereinten Nationen geschehen, sondern auch auf bilateraler Ebene, sagte ein hochrangiger israelischer Regierungsvertreter vor dem Beginn des Deutschlandbesuchs von Ministerpräsident Ehud Olmert am 10. Februar. Länder mit wirtschaftlichen Interessen in Iran müssten „ihren eigenen Druck ausüben“. Das Thema werde auch eine wichtige Rolle bei den Gesprächen Olmerts mit Bundeskanzlerin Angela Merkel spielen.

Tatsächlich forderten Merkel und Olmert bei ihrem Treffen am 12. Februar in Berlin Iran erneut zum Stopp seines umstrittenen Atomprogramms auf. Die Forderung, dass Teheran seine Urananreicherungsaktivitäten aufgeben, habe nach wie vor Bestand, sagte Merkel. Gleichzeitig bestehe das Angebot zu einer Kooperation weiter, wenn Iran seinen internationalen Verpflichtungen nachkomme. Mit Blick auf die Beratun-

gen über neue Sanktionen im UN-Sicherheitsrat sagte Merkel, es gehe dabei nicht darum, das iranische Volk „an den Pranger“ zu stellen.

Olmert sagte, nach israelischen Erkenntnissen sei es sicher, dass Iran „ernsthaft“ an einer nichtkonventionellen Waffe arbeite. Die Arbeiten fänden zum Teil im Verborgenen statt. Zu einem möglichen militärischen Vorgehen im Atomstreit sagte Olmert, US-Präsident George W. Bush habe erst kürzlich bekräftigt, dass alle Optionen auf dem Tisch lägen. Dem habe er nichts hinzuzufügen. Merkel betonte, sie glaube fest an eine „Lösung auf diplomatischem Weg“.

Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden: Israel wird bald von Hisbollah zerstört

Die südlibanesische Hisbollah-Miliz werde nach den Worten des Oberbefehlshabers der iranischen Revolutionsgarden Israel bald zerstören. „Wir werden in naher Zukunft erleben, wie die mächtigen und fähigen Hisbollah-Kämpfer die krebstartige Existenz Israels zerstört“, erklärte der Chef der Organisation der Revolutionswächter, Mohammad Ali Dschafari, einer Meldung der Nachrichtenagentur Fars vom 18. Februar zufolge.

Daschafari machte die Aussage in einem Kondolenzschreiben an Hisbollah-Chef Hassan Narollah zum Tod von Imad Mughnija, einem der meistgesuchten Führungsmitglieder der schiitischen Miliz. Mughnija kam durch einen Autobombenanschlag in Damaskus ums Leben. Die Hisbollah und Iran lasteten das Attentat Israel an. Die Regierung in Jerusalem wies dies zurück. An der Trauerfeier für Mughnija nahm auch Irans Außenminister Manuchehr Mottaki teil. Iran und Syrien teilten in einer gemeinsamen Erklärung mit, sie werden alles daran setzen, um den Mord aufzuklären.

Ahmadinedschad besucht Irak

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad traf am 2. März zu einem zweitägigen offiziellen Staatsbesuch im Irak ein. Er ist der erste Präsident der Islamischen Republik, der den Nachbarstaat, der acht Jahre lang (von 1980-1988) gegen Iran Krieg führte, besucht. Nicht zuletzt deshalb be-

zeichnete er nach einem Treffen mit seinem irakischen Kollegen Dschalal Talabani den Besuch als „historisch“. Mit dem Besuch werde „ein neues Kapitel“ in den bilateralen Beziehungen aufgeschlagen, sagte Ahmadinedschad. Talabani entgegnete, die Visite sei eine Botschaft an die iranischen und irakischen Völker, „dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gut sind“.

Talabani empfing Ahmadinedschad in seiner Residenz mit militärischen Ehren, bevor sich die Präsidenten zu einem Gespräch zurückzogen. Das Treffen mit Talabani sei „konstruktiv“ gewesen und in einem „Klima der Brüderlichkeit“, sagte Ahmadinedschad anschließend vor Journalisten. Beide hätten viele gemeinsame Ansichten festgestellt. Teheran und Bagdad wollten ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit verstärken. Der Irak von morgen werde „mächtig, entwickelt und geeint“ sein. Dies sei im Interesse der Länder in der Region. Die irakischen und iranischen Völker stünden „immer Seite an Seite“.

Der irakische Regierungschef Nuri el Maliki sagte nach seinem Treffen mit Ahmadinedschad, dessen Besuch zeige „den Wunsch beider Länder, ihre gemeinsamen Interessen zu vertiefen“. In seinem Gespräch mit Ahmadinedschad sei es um Handel und Industrie gegangen.

Die iranisch-irakischen Beziehungen haben sich seit dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein in Folge der US-Invasion im Jahr 2003 und der Bildung einer von Schiiten geführten Regierung in Bagdad merklich verbessert. Präsident Dschalal Talabani und Ministerpräsident Nuri al-Maliki waren bereits mehrmals zu Besuch in Iran. Inzwischen sind die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern weit gediehen. Iran beteiligt sich auch an zahlreichen Aufbauprojekten im Irak, wie zum Beispiel am Bau von Elektrizitätswerken, Straßen oder auch an Projekten in der Ölindustrie.

Im Vorfeld der Reise Ahmadinedschads wurde bekannt gegeben, dass Iran dem Irak eine Milliarde Dollar Kredit für Infrastrukturprojekte bereitgestellt habe. Der Kredit sei eines der Hauptthemen bei seinen Gesprächen mit irakischen Regierungsvertretern in Bagdad gewesen, sagte der stellvertretende Außenminister Ali Resa Scheich Attar der Nachrichtenagentur IRNA am 29.

Februar. Attar war mit einer Delegation zur Vorbereitung der Reise Ahmadinedschads in den Irak gereist. Der Kredit stehe für Projekte bereit, die von iranischen Firmen mit iranischer Ausrüstung ausgeführt würden, sagte Attar.

Auch der Bürgermeister von Teheran, Mohammad Bagher Ghalibaf, erklärte, die iranische Hauptstadt habe eine intensive Zusammenarbeit beim Wiederaufbau von Bagdad beschlossen. „Die Stadtverwaltung von Teheran muss unter diesen harten Bedingungen an der Seite der Iraker stehen“, sagte er nach der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens mit dem Chef der Stadtverwaltung in Bagdad, Saber El Isawi. Laut Ghalibaf will Teheran vor allem beim Straßenbau und bei Projekten der Wasseraufbereitung helfen. Auch sollen mit Hilfe Teherans Kulturzentren gebaut werden. Eine iranisch-irakische Gesellschaft mit Büros in beiden Hauptstädten soll die Projekte koordinieren.

Ahadinedschad wird laut Plan die heiligen Städte Nadschaf und Kerbela im Irak besuchen. Dort werden sich Zehntausende Gläubige zu seiner Begrüßung versammeln. Der iranische Staatspräsident rühmt sich, dass er im Gegensatz zu Präsident Bush, der bis zur letzten Minute seinen Besuch im Irak geheim halten musste und sich nicht länger als 24 Stunden dort aufzuhalten wagte, seine Reise schon vor Wochen bekannt gegeben hat und auch im Irak öffentlich auftreten kann. Wie erwartet griff er bei seinem Besuch in Bagdad die USA an. „Die Iraker mögen die USA nicht“, sagte er nach seinem Treffen mit Maliki. In einem Interview mit der spanischen Zeitung „El Pais“ zeigte er Verständnis für die Angriffe irakischer Aufständischer auf die „amerikanischen Besatzer“. Es sei normal, dass sich ein Land gegen seine Besatzer auflehne. Die Vereinigten Staaten verstünden die Kultur der Region nicht. „Sie glauben, dass alle Probleme durch Kanonen zu lösen sind.“

Ziel des Staatsbesuchs war sicherlich auch eine Demonstration der Rolle Irans in der Region, insbesondere im Irak. Aber auch der Versuch, von der zunehmenden Kritik im Inland an der Regierung abzulenken, zumal der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen am 14. März trotz Manipulationen im Vorfeld nicht erfolgversprechend für Ahmadinedschad verläuft.

Bolivien weist US-Kritik an Beziehungen zu Iran zurück

Die bolivianische Regierung hat am 20. Februar Kritik aus den USA an den guten Beziehungen des südamerikanischen Landes zu Iran zurückgewiesen. US-Kongressabgeordnete hatten bei einem Besuch am Sitz der Regierung in La Paz ihre Besorgnis über Pläne für einen von Teheran finanzierten Fernsehsender in Bolivien geäußert. Dieses Vorhaben könne die Gewährung von Zollverteilen für Warenlieferungen aus Bolivien in die USA gefährden, warnten die US-Politiker. Der republikanische Abgeordnete Jerry Weller sagte, in Washington gebe es „in höchsten Kreisen“ Bedenken über Teherans TV-Pläne. Zuvor hatte Boliviens Staatschef Evo Morales angekündigt, Iran wolle einen Sender in Chapare finanzieren, der in ganz Lateinamerika empfangen werden könne.

Boliviens Außenminister David Choquehuanca forderte die Parlamentarier daraufhin auf, die Souveränität seines Landes zu akzeptieren. Zudem befinde sich das Projekt noch in einem frühen Planungsstadium. „Wir lassen uns keine Bedingungen mehr auferlegen“, sagte der Minister. „Die Beziehungen können nur auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und nicht unter Einmischung in die innere Angelegenheiten ausgebaut werden“.

Wie der linksgerichtete venezolanische Präsident Hugo Chávez hat auch Bolivien unter seinem ersten Indio-Präsidenten Evo Morales intensivere Beziehungen zu Iran aufgenommen. Im vergangenen September hatte Morales den iranischen Präsidenten Ahmadineschad zu einem offiziellen Besuch empfangen. Dabei waren mehrere Abkommen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Erdöl, Telekommunikation und Landwirtschaft unterzeichnet worden.

Iran kritisiert geplanten französischen Militärstützpunkt im Persischen Golf

Iran hat den geplanten Aufbau eines französischen Militärstützpunkts am Persischen Golf kritisiert. Die Militärpräsenz von Ausländern verursache „Instabilität in der Region“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur IRNA

in Teheran. Sie würde die „Situation weiter komplizieren“.

Frankreich will einen Militärstützpunkt in Abu Dhabi aufbauen, auf dem etwa 400 bis 500 Soldaten stationiert werden sollen. Dieser läge deutlich näher an der strategisch wichtigen Meerenge von Hormus als die US-Marinebasis in Bahrain. Durch die Straße von Hormus wird ein großer Teil des Öls aus dem Mittleren Osten verschifft.

Teheran hat auch die französische Position im Streit um das iranische Atomprogramm scharf kritisiert. Der französische Botschafter in Teheran sei am 3. Februar ins iranische Außenministerium zitiert worden, hieß es auf der Internetseite des Staatsfernsehens. Dabei habe Iran seine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht und gegen die französische Politik und ihre negativen Äußerungen zum friedlichen Atomprogramm Irans protestiert“. Anderen Medien zufolge soll Hosseini dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und seiner Regierung eine „feindliche Haltung“ gegenüber der Islamischen Republik vorgeworfen haben.

US-Botschafter sieht Stärkung Irans durch Irak-Invasion

Die Invasionen der USA in Afghanistan und im Irak haben nach Ansicht des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Zalmay Khalilzad, die Position Irans im Mittleren Osten gestärkt. Mit dem Sturz von Saddam Hussein im Irak sei ein bedeutender Konkurrent ausgeschaltet worden, sagte Khalilzad am 2. Februar vor Studenten der New Yorker Columbia University. Deshalb sei die Regierung in Teheran auch nicht daran interessiert, den Irak als regionaler Gegenspieler wieder hochkommen zu lassen. Auch der Wandel in Afghanistan habe Iran genutzt.

US-Präsident George W. Bush hat Iran mehrfach vorgeworfen, schiitische Milizionäre im Irak sowie die Taliban in Afghanistan mit Waffen zu beliefern, um die Stabilität der beiden Länder zu untergraben. Laut Khalilzad erfolgte die politische Stärkung Irans jedoch als unbeabsichtigter Nebeneffekt der US-Invasionen – ganz unabhängig vom Kampf der Aufständischen. Er habe seinen iranischen Kollegen bei den UN schon häufig scherzhaft ermahnt, er solle sich dafür erkenntlich zeigen,

dass die USA so viel für sein Land getan hätten.

Iran hat auch wirtschaftlich von der neuen Lage im Mittleren Osten profitiert. So liefert er dem Irak Elektrizität, Lebensmittel und andere Versorgungsgüter. Laut Khalizad dürfe es Iran jedoch kaum gelingen, den Irak künftig ganz zu dominieren – trotz einer schiitisch geprägten Regierung in Bagdad.

Dänische Abgeordnete sagen wegen des Karikaturenstreits Iran-Reise ab

Wegen des wieder aufgeflammt Karikaturenstreits hat eine Delegation dänischer Abgeordneter kurzfristig eine für den 18. Februar geplante Reise nach Iran abgesagt. Zur Begründung erklärte das Außenministerium in Kopenhagen, das iranische Parlament habe von den zehn Politikern eine Entschuldigung für den Nachdruck einer Mohammed-Karikatur in dänischen Zeitungen verlangt. „Dem können sie natürlich nicht nachkommen“, sagte Außenminister Per Stig Möller.

Fünf große Blätter und zehn kleinere Zeitungen hatten am 13. Februar aus Protest gegen ein mutmaßliches Mordkomplott von Muslimen eine umstrittene Mohammed-Karikatur des bedrohten Zeichners Kurt Westergaard nachgedruckt. Am Vortag hatte die Polizei einen Dänen marokkanischer Abstammung und zwei Tunesier festgenommen, die nach Angaben des Geheimdienstes die Tötung des 73-jährigen Zeichners geplant haben sollen. Die nachgedruckte Karikatur zeigte den Propheten Mohammed mit einer Bombe im Turban. Nach der Erstveröffentlichung vor zwei Jahren waren drei dänische Botschaften angegriffen worden. Bei Unruhen im Nahen Osten, Afrika und Asien starben mindestens 50 Menschen.

Der Nachdruck löste neuerliche Unruhen aus. In Pakistan verbrannten Studenten die dänische Fahne. In Kuwait riefen einige Abgeordnete zum Boykott dänischer Produkte auf. In Iran forderte eine Gruppe von Parlamentsmitgliedern den Abbruch der Beziehungen zu Dänemark. In einem Brief an Präsident Ahmadinedschad hätten sie wegen der „wiederholten Beleidigung des heiligen islamischen Glaubens“ die Einstellung aller wirtschaftlichen und politischen Kontakte verlangt, berichtete der staatliche Hörfunk am 17. Februar.